



## **Wolf im Schafspelz: Gewerkschaften des öffentlichen Sektor machen mit Lobbyarbeit bei den MEPs Stimmung gegen den neuen Investitionsgerichtshof**

**Zur sofortigen Veröffentlichung – Genf, 5. Juli 2016.** Heute hat die internationale Branchengewerkschaft, die die Beschäftigten des öffentlichen Sektors global und in Europa vertritt, anhand von Studienergebnissen nachgewiesen, dass der EU-Vorschlag über die Einsetzung eines neuen Investitionsgerichtshofes dazu führen könnte, dass auf die Regierungen eine Welle von Klagen mit einem Streitwert von Milliarden von Dollar zukommt.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) hat die Studie [Investment Court System \(ICS\): The Wolf in Sheep's Clothing \(Investitionsgerichtssystem \(ICS, Investment Court System\): Der Wolf im Schafspelz\)](#) an alle Europaabgeordnete gesandt und sie nachdrücklich aufgefordert, diesen allein Unternehmensinteressen geltenden Etikettenschwindel abzulehnen.

Die Untersuchung zeigt, dass bisher nur 1% der US-Investitionen durch Investitionsschutzklauseln abgedeckt ist. Wird der neue Vorschlag im Rahmen von TTIP umgesetzt, würde diese Zahl auf 100% steigen und potenziell zu einer wahren Prozessflut führen.

„Der neue Investitionsgerichtshof nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission gibt ausländischen multinationalen Unternehmen das Recht, Regierungen infolge demokratischer Entscheidungen im öffentlichen Interesse zu verklagen“, sagte PSI-Generalsekretärin Rosa Pavanelli heute.

„Warum gestehen unsere Regierungen ausländischen Konzernen Rechte zu, die örtliche Unternehmen und Arbeitskräfte nicht haben? Wenn wir den mächtigsten Unternehmen auf diesem Planeten gestatten, sich an Steuergeldern zu bereichern, dann ist das ein Rezept für eine noch rigorosere Austeritätspolitik und weitere Kürzungen öffentlicher Dienste“, sagte sie.

Die Studie zeigt, dass die Tschechische Republik im Jahre 2003 an einen Konzern eine Entschädigung in Höhe von US-\$ 354 Millionen zahlen musste, das entsprach damals dem Gesundheitshaushalt des Landes. Ecuador hat gerade die ersten Zahlungen von insgesamt US-\$ 1,1 Milliarden an einen US-Ölkonzern geleistet - das sind 90% der Sozialausgaben des Landes für 2015.

Die Studie weist nach, dass nichts an den grundlegenden Eigenschaften eines Systems geändert wurde, das 94,5% der bekannt gewordenen Schadenersatzsummen Unternehmen mit mindestens US-\$ 1 Milliarden Jahresumsatz oder Privatpersonen mit einem Nettovermögen von mehr als US-\$ 100 Millionen zuerkennt.

Die Studie weist ebenfalls darauf hin, dass ICS weder ein unabhängiges Gericht wäre noch Regierungen davor schützen könnte, infolge legitimer, nicht-diskriminierender Gesetze zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, Gesundheit oder Umwelt Schadenersatz an Unternehmen zahlen zu müssen. Anlass zur Sorge gibt auch, dass Kollektivvereinbarungen zwischen Sozialpartnern Gegenstand von Klagen werden könnten.

Die Europäische Kommission hat vor kurzem ihren Vorschlag zum ICS veröffentlicht und ihn als neuen Goldstandard verkauft. Von vielen wird dieser Schritt als ein Versuch der Beschwichtigung des öffentlichen Ärgers gesehen, der sich in einer öffentlichen Konsultation der Kommission über ISDS Luft gemacht hatte. Von den 150.000 TeilnehmerInnen haben sich mehr als 97% gegen ISDS ausgesprochen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die EU-Chefunterhändlerin Cecilia Malmström erklärt, dass ISDS die „giftigste“ Abkürzung in ganz Europa sei.

\*\*\*ENDE\*\*\*

Weitere Informationen bei:

- Marcel Netto, Leiter der Kommunikationsabteilung, [marcelo.netto@world-psi.org](mailto:marcelo.netto@world-psi.org)
- Daniel Bertossa, Direktor für Politik und Regierungsführung [daniel.bertossa@world-psi.org](mailto:daniel.bertossa@world-psi.org)
- Hier kann die Veröffentlichung von unserem [Website](#) heruntergeladen werden (in Deutsch, Englisch und Französisch)
- Weitere Information hier auf unserer Seite über Handelsfragen: [Trade pages](#)